

# BERLIN

## DieWoche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

---

### Liebe Leserinnen und Leser!

Zum ersten Mal seit Bestehen unserer Fraktion nahm ein Diplomat in dieser Woche an der Fraktionssitzung teil. US-Botschafter Daniel Coats war zu Gast, um einmal mehr ein Zeichen der Verbundenheit zu setzen.

Unser Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz wies auf die große Chance hin, eine neue politische Weltordnung zu schaffen. Er unterstrich die uneingeschränkte Solidarität der CDU/CSU Bundestagsfraktion mit dem amerikanischen Volk und seiner Regierung.

Der Botschafter dankte uns für unsere Solidarität und für die „historische Gelegenheit“, in einer Sitzung der Unionsfraktion das Wort ergreifen zu können. Er unterstrich die Bedeutung der weltweiten Koalition gegen den Terrorismus.

Das Vorhaben von Friedrich Merz und Michael Glos, in der nächsten Woche in die USA zu reisen, um mit dem Präsidenten zu reden, begrüßte Coats und bot seine Hilfe bei den Vorbereitungen an.

Über die Ergebnisse der Reise werde ich in der nächsten Ausgabe von **BERLIN** *DieWoche* berichten.

*IF*

*Ingrid Fischbach*

### In dieser Ausgabe

- Der Vertrag von Nizza ...S.2
- Ferienangebote müssen Bedürfnissen von Familien gerecht werden ...S.3
- Entwurf eines neuen Urhebervertrages löst Kontroversen aus ...S.4
- Verbraucherschutzverband bekommt mehr ...S.5
- Strahlenbelastung weit unter Richtwert ...S.5
- Pleiten-Rekord Folge gescheiterter Politik ...S.6
- Schmierereien wirksam bekämpfen ...S.6
- In eigener Sache ...S.6



### Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074  
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

## Der Vertrag von Nizza



►► In dieser Woche ist mit den Stimmen unserer Fraktion der Vertrag von Nizza vom Deutschen Bundestag ratifiziert worden. Damit haben wir eine weitere Weiche für die künftige Entwicklung der Europäischen Union gestellt. Wir haben dem Vertragswerk über die institutionellen Reformen in der EU, das im Einzelnen u.a. Größe und Zusammensetzung der EU-Kommission und Stimmenwägungen im Rat regelt sowie Regelungen zu Mehrheitsabstimmungen enthält und nur als Minimalkonsens aus dem Gipfel von Nizza im letzten Jahr hervorgegangen ist, trotz seiner offensichtlichen Defizite zugestimmt, gleichzeitig aber deutlich gemacht, wie notwendig neue Impulse für die Zukunft Europas sind.

Daß der Vertrag von Nizza bei weitem nicht das einhält, was im Vorfeld der Verhandlungen im letzten Jahr erwartet worden war, sondern lediglich kleinster gemeinsamer Nenner der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf den angestrebten Reformprozeß der EU ist, ja in Teilen sogar einen Rückschritt bedeutet, liegt u. a. am unter Schröder und Fischer zunehmend schlechter gewordenen deutsch-französischen Verhältnis, das entscheidenden Einfluß auf den Fortschritt der europäischen Integration hat.

Ohne weitere Reformen ist die EU nicht zukunftsfähig. Im „Post-Nizza-Prozeß“ werden nun Fragen wie die Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten, der Status der EU-Grundrechtscharta, eine größere Transparenz der Verträge und die Rolle der nationalen Parlamente in Europa behandelt werden müssen.

Die Kompetenzabgrenzung zwischen EU und den Mitgliedstaaten muß ebenso klar sein wie die Verantwortlichkeit der EU-Kommission gegenüber dem Europäischen Parlament.

Sträflich vernachlässigt worden ist in Nizza die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Natürlich darf sie nicht in

Konkurrenz zum Atlantischen Bündnis treten - im Gegenteil - die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO muß vertieft werden. Gemeinsame Streitkräfte als Grundlage einer europäischen Armee mit einer gemeinsamen Rüstungspolitik brauchen wir noch vor Ende dieses Jahrzehnts. <<<



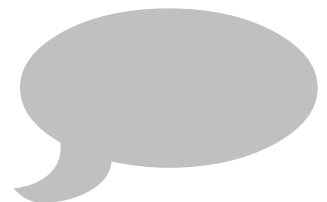
## **Ferienangebote müssen Bedürfnissen von Familien gerecht werden**

▶▶ Ferienangebote in Deutschland müssen unserer Ansicht nach zunehmend den speziellen Bedürfnissen von Familien gerecht werden. Wir sprechen uns in unserem Antrag deshalb dafür aus, den Bundeswettbewerb für familienfreundliche Ferienangebote wieder einzuführen. Dieser Wettbewerb wurde zuletzt 1997/98 ausgetragen.

Durch eine Neuauflage können beispielhafte und in der Praxis bewährte Ideen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengetragen werden. Beherbergungsbetriebe und Fremdenverkehrsgemeinden können diese Anregungen und Ideen dann für ihre Arbeit unmittelbar nutzen und umsetzen.

Fischbach: „Für das Fremdenverkehrsgewerbe sind Familien in Deutschland eine attraktive Zielgruppe. Etwa ein Drittel der Deutschen verbringt den Urlaub im eigenen Land. Bei den Reisenden mit Kindern liegt dieser Anteil noch einige Prozentpunkte höher. In Zukunft wird es nicht mehr ausreichen, diese Zielgruppe halbherzig zu bedienen.“

Für die deutschen Anbieter von Familienferien wächst der Konkurrenzdruck. Bei immer aggressiver kalkulierten Preisen nimmt die Attraktivität ausländischer Reiseziele auch für Familien mit mehreren Kindern zu. So haben sich europäische Nachbarländer wie Dänemark und Österreich längst profiliert, indem sie entsprechende Angebote geschaffen haben. <<<



### **Spruch der Woche**

*"Die ruhige Hand des Kanzlers wird immer feuchter."*

Rainer Brüderle  
FDP-Wirtschaftsexperte,  
über die steigende  
Arbeitslosigkeit

## Entwurf eines neuen Urhebervertrages löst Kontroversen aus



►► Der Gesetzentwurf zur Reform des Urhebervertragsrechts ist auf Zustimmung bei Vertretern der Urheber und Künstler, hingegen auf teilweise massive Kritik des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, der Vertreter von ARD und ZDF sowie des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels und des Deutschen Musikverlegerverbandes gestoßen.

Ein Anspruch auf „angemessene Vergütung“ würde in die Vertragsfreiheit eingreifen und den Verlagen ihre Kalkulationsgrundlage entziehen. Zweifel gibt es im Hinblick auf die Verfassungsmäßigkeit dieser vorgesehenen Regelung sowie deren Übereinstimmung mit Vorschriften des Europarechts.

Viele kulturell wertvolle Werke werden erst nach Jahrzehnten der Investition für den Verleger Früchte tragen. Ein Wegfall von Rechtssicherheit macht sich deshalb besonders drastisch bemerkbar. Zentrale Folge wäre der Rückgang verlegerischer Risikobereitschaft, der sich gerade für unbekannte, junge Autoren und Verfasser schwieriger Texte negativ auswirken würde.

Zu einer völlig entgegengesetzten Auffassung kamen demgegenüber Vertreter der Urheber und Künstler.

Das von Verbandsseite bestrittene Ungleichgewicht zwischen Verlagen und Künstlern ist sehr wohl vorhanden, exemplarisch ist dafür die berufliche Situation der Übersetzer. Rundfunkanstalten und -unternehmen sowie Tageszeitungs- und Zeitschriftenverlage haben in der Vertragspraxis ein so starkes Übergewicht erlangt, dass sie Regelungen in Urheberrechtsverträgen einseitig und nach Belieben festlegen können. ◀◀

## Verbraucherschutzverband bekommt mehr

►► Bei der Haushaltsdebatte im September hatten wir eine Aufstockung der Mittel für den Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände gefordert. Die Kürzungen von Rot-Grün waren nicht akzeptabel.

Fischbach: „Bei meinen Besuchen der Verbraucherschutzzentralen in Herne und Bochum bin ich um Unterstützung bei der notwendigen Mittelaufstockung, auch der Personalmittel, gebeten worden. Zumindest einen Teilerfolg können wir nun verbuchen.“

Bei den Ausschlußberatungen hat sich Rot-Grün jetzt unserem Druck gebeugt. Um über 1,3 Millionen DM werden die Fördermittel aufgestockt. Unsere zweite Forderung, auch die Personalmittel zu erhöhen, wurde noch nicht erfüllt.“

Zur Finanzierung haben wir vorgeschlagen, die drastisch angehobenen Mittel für Öffentlichkeitsarbeit des Verbraucherschutzministeriums zu senken. ◀◀

## Strahlenbelastung weit unter Richtwert

►► Im Jahr 2000 lagen die von Kernkraftwerken und sonstigen kerntechnischen Anlagen verursachte Strahlung bei allen „unterhalb der genehmigten Jahreswerte“, bei den meisten sogar „weit unterhalb“.

Dies erklärte die rot-grüne Bundesregierung in ihrem jährlichen Bericht. Der Beitrag dieser Anlagen an der durch Menschen hervorgerufenen Strahlenbelastung liege „deutlich unter einem Prozent“.

Der größte Beitrag wird durch medizinische Verfahren wie Röntgenaufnahmen verursacht. Die natürliche Strahlenbelastung beträgt ungefähr hundertmal soviel wie die von Menschen verursachte. ◀◀



### **Wußten Sie schon, ...**

... dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie bereits zum dritten Mal den Deutschen Internetpreis für die innovativsten Internetentwicklungen vergibt? Prämiert werden die besten Lösungen von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Den drei Gewinnern mit den besten Ideen winkt ein Geldpreis in Höhe von jeweils 50.000 Euro. Die Preisverleihung erfolgt im Juni 2002 bei der Eröffnung der Messe.

## Pleiten-Rekord Folge gescheiterter Politik



►► Das Statistische Bundesamt hat mitgeteilt, daß die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr 2001 gegenüber dem Vorjahrszeitraum um 19 Prozent auf 16200 gestiegen ist.

Die systematische Benachteiligung der mittelständischen Wirtschaft durch Rot-Grün zeigt seine Wirkung. Leidtragende sind auch die Arbeitnehmer. Durch die Insolvenzen sind mehr als 100.000 Arbeitsplätze weggefallen. ◀◀

## Schmierereien wirksam bekämpfen

►► Der Berliner rot-grüne Übergangssenat hat das von der CDU-geführten Regierung unter Diepgen eingebrachte „Graffiti-Bekämpfungsgesetz“ aus dem Bundesrat zurückgezogen.

Angesichts der Schmierereien gerade in Berlin ist dies ein Unding. Die Beseitigung kostet in Deutschland jedes Jahr 500 Millionen DM. Deshalb hat Baden-Württemberg dieses Gesetz wieder eingebracht. Die Schmierereien tragen zu einer Atmosphäre von Ungastlichkeit, Verwahrlosung und Unsicherheit bei.

Etwas gegen Graffiti zu tun, bedeutet nach neuen kriminalistischen Erkenntnissen Kriminalprävention. Im Bundestag jedenfalls würde dieses Gesetz unsere volle Unterstützung bekommen. ◀◀

## In eigener Sache

►► In den kommenden zwei Wochen finden keine Plenarsitzungen statt. Die nächste Ausgabe von **BERLIN** Die Woche erscheint für Sie am 09. November 2001. ◀◀



### ... das Allerletzte!

*Gefragte Neuerscheinung: Der jüngst beim Ullstein Verlag erschienene Band "Osama bin Laden und der internationale Terrorismus" bricht auf der Buchmesse in Frankfurt einen unrühmlichen Rekord. Kein anderes Buch als das der Autoren Michael Pohly und Khalid Duran wurde in Frankfurt so oft geklaut. Langfinger ließen über 700 Stück des 13,57 Mark teuren Taschenbuchs mitgehen.*